

Ergebnisse der 8. Sitzung des Dümmer-Beirates am 04. Dezember 2012

Tagesordnung:

1. Zeit- und Terminplanung
2. + 3. Bericht zum Rahmenentwurf incl. Sofortmaßnahmen
4. Medienarbeit
5. Verschiedenes

TOP 1: Zeit- und Terminplanung

Am 28.11.2012 hat ein Termin mit den Gemeinden im Umweltministerium in Hannover zur Abstimmung von Sofortmaßnahmen stattgefunden. Ergebnis der weiteren Beratungen soll ein gemeinsamer Finanzierungstopf "Sofortmaßnahmen" sein.

Nächste Sitzung des Dümmerbeirates: 19. Februar 2013 um 9:30 Uhr in Sulingen.

Am 11. Dezember findet das nächste Dümmerforum statt. Die Gutachter werden ihre Gutachten vorstellen, die Grundlage des Rahmenentwurfes zur Fortsetzung der Dümmeranierung sind.

Die Vorstellung sogenannter alternativer Methoden soll mithilfe folgender Schlüsselfragen strukturiert werden:

Wie funktioniert das Verfahren?

Was ist drin?

Wie sähe eine Anwendung im Dümmer aus?

Was kostet es?

Je Referent ist ein Zeitlimit von 10 Minuten vorgesehen.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Anbieter beim NLWKN in Sulingen ihr Verfahren vorstellen wollen. Zudem sind viele Menschen am Dümmer völlig verunsichert und hoffen auf ein "Wunder". Darum stehen die Alternativmethoden hoch im Kurs.

TOP 2. + 3. Bericht zum Rahmenentwurf incl. Sofortmaßnahmen

Der Rahmenentwurf zur Fortsetzung der Dümmeranierung ist ein fachtechnischer Vorschlag zur Vorbereitung entsprechender grundsätzlicher Entscheidungen der Ministerien (MU + ML).

In diesem Jahr wurden erste praktische Erfahrungen mit den sogenannten Sofortmaßnahmen gemacht: Nitratbehandlung im Dümmer und in der Lohne, Tauchwände, Einsatz des "Fischretters" in der Lohne, Teichbelüfter in den Hafengebieten, Versuche zur Algenentnahme vor den Auslasswehren an der Lohne und der Grawiede.

Als Überbrückungsmaßnahme sollte auch eine chemische Fällung z.B. mithilfe von Eisenchlorid vor allem in besonders belasteten Gräben geprüft werden. Für einen Einsatz in der Hunte wäre letzteres jedoch sehr teuer und ist bei dem überwiegend an Partikeln gebundenen Phosphor in der Hunte nicht unmittelbar vergleichbar mit den Fällungserfolgen am Zufluss des Aasee in Münster.

Die Stadt Diepholz beabsichtigt im nächsten Jahr den Einsatz von Wasserstrahlpumpen zu testen, weil beim "Fischretter" sehr hohe Kosten für den Sauerstoff angefallen sind.

Die Stadt Diepholz möchte im Rahmen eines weiteren Pilotversuches in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr testen, ob über eine Wasserstrahlpumpe Luftsauerstoff in die Lohne befördert werden kann.

Denkbar wäre der Einsatz des Fischretters durch die örtlichen Feuerwehren auch bei einem Fischsterben in den ufernahen Hafengebieten des Dümmer. Allerdings müsste das Gerät vor Ort verfügbar sein. Alternativ wäre zu prüfen, ob man auch durch installierte Begasungsschläuche bei akutem Fischsterben den Tieren mit Luftsauerstoff helfen könnte.

Das ungewöhnlich späte Fischsterben vor der Lohne am 21. Oktober 2012 erklärt sich im Nachhinein wie folgt: Die Fischschwärme sind der Nahrung, in diesem Fall Wasserflöhen, gefolgt. Diese hielten sich ebenfalls dort auf, wo sie Nahrung im Überfluss hatten, nämlich bei den Bakterien, die dabei waren, die Biomasse abgestorbener Blaualgen umzusetzen. In diesen Bereichen des Sees war der Sauerstoffgehalt durch die bakterielle Zersetzung der abgestorbenen Blaualgen extrem niedrig, was die Fische jedoch nicht davon abhielt, diesen für sie am Ende tödlichen Bereich zu meiden. Durch den Einsatz der örtlichen Feuerwehr („Wasserspritzen“) konnte jedoch der größte Teil der Fische aus diesem sauerstoffarmen Bereich vor dem Lohnwehr in Richtung Dümmer entkommen.

Ab dem 1. November 2012 hat Herr Raimund Esch bei der Landwirtschaftskammer seine Tätigkeit als Gewässerschutzberater aufgenommen. Den beiden Ministerien wird ausdrücklich für die erfolgte Unterstützung gedankt und die Notwendigkeit einer zweiten Stelle sowie den Bedarf an finanziellen Mitteln für die Umsetzung von Maßnahmen erläutert.

Zunächst sei die Gründung einer Kooperation geplant, analog zum Trinkwasserschutz, mit Multiplikatoren aus jeder Region. Anfang Januar wird es eine zweite Info-Veranstaltung geben.

Im Verlauf der Diskussion über die einzelnen Inhalte des Rahmenplans wurde deutlich, dass sich der Beirat als Fachbeirat versteht und die einzelnen Mitglieder keine Beschlüsse der politischen Gremien ihrer Kommunen oder Vorstände ihrer Verbände vorwegnehmen können.

Einstimmig verabschiedet der Dümmer-Beirat die folgende Stellungnahme:

Der Dümmerbeirat fordert mit Nachdruck

- den Flächenerwerb und begleitenden Bodenneuordnungsverfahren für den Bau des Schilfpoldersystems sowie die begleitenden Maßnahmen energisch voranzutreiben
- die Fortführung der Entschlammung sicherzustellen
- eine EU-Förderung von Agrarumweltmaßnahmen mit dem Ziel einer gewässerschonenden Bewirtschaftung im Einzugsgebiet des Dümmer zu ermöglichen
- das Beratungs- und Maßnahmenkonzept im Einzugsgebiet konsequent umzusetzen
- die Erprobung, Anwendung und Weiterführung von Sofortmaßnahmen personell und finanziell abzusichern

TOP 4 Medienarbeit

Es verstärkt sich der Eindruck, dass die Presse in der letzten Zeit differenzierter über den Dümmer berichtet und zunehmend dokumentiert, dass etwas getan wird. Einzelne Beiratsmitglieder verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass man keine Erwartungen wecken sollte, die hinterher nicht erfüllt werden können.

Der Dümmerbeirat schließt sich folgendem Zeitplan für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Fortsetzung der Dümmeranierung an:

Nach einem Kabinettsbeschluss "Fortsetzung der Dümmeranierung" informiert zunächst die Landesregierung über die Beschlusslage. Im Januar oder Februar wird der Rahmenentwurf mit den Sofortmaßnahmen von einer kleinen Abordnung des Dümmerbeirates vor Ort am Dümmer der Presse sowie Funk und Fernsehen vorgestellt.

TOP 5 Verschiedenes

Das Umweltministerium arbeitet an einer Initiative, die Dümmer-Steinhuder Meer-Verordnung zu modifizieren, um das Befahren des Dümmer schon ab dem 20. März eines jeden Jahres zu ermöglichen.

Am Ende der Sitzung wird das Thema Gülle noch einmal thematisiert. Dabei wird deutlich, dass der Spielraum für eine differenziertere Ausbringung der Gülle erheblich eingeschränkt ist.